

Dr. Heidrun Jänchen. Lauensteinweg 4c, 07745 Jena

An das Büro des Stadtrates

Jena, 04.02.2019

Beschlussvorlage: Beschluss von Tarifänderungen des Jenaer Nahverkehrs durch den Stadtrat

Vorliegender Beschluss zum Sachverhalt: Stadtrat Nr. 15/0515-BV vom 23.09.2015

Der Stadtrat möge beschließen:

001 Beschluss 15/0515-BV, Unterpunkt 003 „Tarifmaßnahme Verbundtarif Mittelthüringen zum 01.01.2016“ (15/0515-BV) vom 23.09.2015 wird aufgehoben. Alle Tarifänderungen, die den öffentlichen Nahverkehr der Stadt Jena betreffen, werden im Stadtrat diskutiert und beschlossen.

Begründung:

Ein wesentlicher Grund, warum Menschen den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen, sind die Ticketpreise. Beispielsweise beträgt der Regelsatz für Mobilität für HartzIV-Empfänger 27 € pro Monat für Mobilität. Die ermäßigte jenabonus-Monatskarte kostet hingegen 44,20 € - hier klafft bereits eine Lücke von über 200 € im Jahr. Für viele andere Menschen stellen die Kosten für ÖPNV-Tickets ebenfalls eine erhebliche Belastung dar.

Der öffentliche Nahverkehr gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Daseinsvorsorge, auch unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes und der Verkehrsvermeidung. Eine stärkere Orientierung auf Busse und Straßenbahn kann das gesamte Verkehrsaufkommen reduzieren und damit Einsparungen für die Stadt generieren, indem weniger Maßnahmen zum Immissionschutz oder für die Verkehrssteuerung nötig sind.

Die Mitgliedschaft im VMT ist für die meisten Jenaer Einwohner nicht mit Vorteilen, sondern vor allem mit höheren Kosten verbunden. Eine Prüfung der Effektivität für die Stadt und die Bürger findet jedoch nicht statt.

Durch den o. g. Beschluss hat der Stadtrat die Verantwortung für Tarifierhöhungen von über 5 % im Durchschnitt vollständig auf den Oberbürgermeister übertragen. Tarifierhöhungen von über 5 % **im Durchschnitt** kommen jedoch nicht vor, da immer nur entweder die Preise für Einzelfahrscheine oder für Abokarten erhöht werden. Trotzdem können die Preissteigerungen deutlich über der Inflationsrate liegen, ohne dass die Möglichkeit besteht, die Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten der Bürger und die soziale Verträglichkeit im Stadtrat zu diskutieren. Derzeit wird eine Erhöhung von 3,5 % diskutiert.

Es ist schwer nachvollziehbar, dass der Stadtrat freiwillig auf das Recht zur politischen Debatte und Entscheidung in einer so grundlegenden Sache wie der öffentlichen Mobilität verzichtet. Ich beantrage deshalb die Aufhebung der freiwilligen Rechteaufgabe.

Heidrun Jänchen